



Niedriglohn, aber nicht bedürftig?

Ronald Schettkat¹

Auf einen Blick

Niedriglohnbeschäftigung und Einkommensungleichheit haben in Deutschland zugenommen. Niedriglöhne sind kein Randphänomen mehr oder lediglich „Zusatzekommen“, sondern rund zwei Drittel der Niedriglohnbezieher und -bezieherinnen sind Haupternährer ihrer Haushalte. Sie gleichen in ihren Charakteristiken mehr und mehr den übrigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und gehören zu 70 Prozent Haushalten an, deren Haushaltseinkommen unterhalb des Medianeinkommens liegt. Löhne sind nicht ökonomisch determiniert und spiegeln nicht die individuellen Produktionsbeiträge. Daher muss die Politik der Zunahme der Lohnungleichheit entgegenwirken – z. B. durch Mindestlöhne.

Gutmenschen?

Deutschland ist nicht das Land mit der höchsten Lohn- und Einkommensungleichheit, aber sie hat hier mit der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit besonders stark zugenommen. Wurde noch vor zehn Jahren eine zu geringe Spreizung der Löhne als Hauptursache für Wachstumsschwäche und anhaltend hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland diagnostiziert (IMF)², so fordert mittlerweile selbst die OECD ein „sozial inklusiveres Wirtschaftswachstum“.³ Der Sachverständigenrat (SVR) mag dagegen nur eine moderate Zunahme der Ungleichheit in Deutschland erkennen und warnt vor einer „rückwärtsgewandten Wirtschaftspolitik“⁴, die regulierend – etwa durch gesetzliche Mindestlöhne – in das Marktgeschehen eingreift. Mit der Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes wollte US-Präsident Roosevelt den durch hohe Arbeitslosigkeit hervorgerufenen ruinösen Lohnwettbewerb in den 1930er Jahren des letzten Jahrhunderts bremsen und auch in Deutschland wird es aus diesem Grund ab 2015 einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro geben. Lauter „Gutmenschen“ (Wolfgang Franz, ehemaliger Vorsitzender des Sachverständigenrates), denen die guten Absichten nicht in Abrede gestellt werden, die aber vollkommen naiv die ökonomischen „Gesetzmäßigkeiten“, die auf dem – voraussetzungsreichen – neoklassischen Modell fußenden Deduktionen, vernachlässigen würden. Möglicherweise seien drei Euro Stundenlohn in einigen Fällen schon zu viel, gab Franz zu bedenken.

Kann die Lohn- und Einkommensverteilung durch die Politik beeinflusst werden oder endet dies unweigerlich in Ineffizienzen und geringerem Wirtschaftswachstum? In der neoklassischen Modellwelt spiegeln die am Markt gebildeten Löhne die individuellen Beiträge zur gesellschaftlichen Produktion (Produktivitätstheorie des Lohnes), sie sind ökonomisch determiniert. Jede Arbeitskraft bekommt, was sie verdient und umgekehrt: Jede Arbeitskraft verdient, was sie bekommt. Legen hohe Einkommen weiter zu, so geht dies in der neoklassischen Modellwelt nicht zu Lasten anderer Einkommensgruppen: Überproportionale Einkommenszuwächse werden durch überdurchschnittliche Zunahmen der Produktionsbeiträge gerechtfertigt. Es wird gar argumentiert, dass so auch die Verdienstmöglichkeiten anderer Einkommensgruppen verbessert werden (trickle down economics). Für Martin Feldstein (Harvard, Berater von US-Präsident Reagan) besteht das Verteilungsproblem denn auch nicht darin, dass einige Personen hohe Einkommen beziehen, sondern das Problem sei dauerhafte Armut.⁵ Das Eine hat mit dem Anderen in der neoklassischen Modellwelt nichts zu tun. Eingriffe in den Lohnbildungsmechanismus zur Veränderung der Verteilung – etwa durch gesetzliche Mindestlöhne, Steuern und Transfers – erzeugen in diesem Modell unweigerlich Ineffizienzen; sie vermindern Wirtschaftswachstum und es gibt letztlich weniger zu verteilen, „The Big Tradeoff“ zwischen Gleichheit und Effizienz. Wirtschaftspolitik wird damit auf die Wahl zwischen Arbeitslosigkeit und Lohnungleichheit reduziert.

Der neoliberale Vordenker und Nobelpreisträger Robert Lucas (Chicago) erkennt in der Behandlung von Verteilungsfragen die größte Gefahr für „gute Wirtschaftswissenschaft“⁶, während Thomas Piketty von der Paris School of Economics in seinem aktuellen Bestseller „Capital in the 21st Century“ feststellt, dass die Beurteilung von Lohn- und Einkommensungleichheit durch ökonomische Theorien geformt wird.⁷ Sie sind aber nicht ökonomisch determiniert. Im neoklassischen Modell sind dagegen Märkte stets effizient, Störungen werden durch politische Eingriffe hervorgerufen, nachfrageseitige Restriktionen werden ignoriert, nur private Investitionen sind effizient, weshalb öffentliche Haushalte zu konsolidieren (schrumpfen) sind, sonst sei Wirtschaftswachstum „künstlich“. Unschwer erkennbar liefert diese Theorie die Blaupause für die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik in Europa, obwohl sie durch die „große Rezession“ zutiefst erschüttert sein sollte.

Langer Schatten der Ungleichheit

Zunehmende Ungleichheit wird von neoklassischen Ökonomen nicht nur als Ausdruck von Marktkräften hingenommen, sondern sogar positiv bewertet, denn sie erhöhe die Rendite von Investitionen in Ausbildung (Welch).⁸ Verbesserung der Chancengleichheit durch mehr Ungleichheit? Eine grobe Verkennung der Realität, denn in den USA wie in Deutschland hängt der Bildungserfolg in hohem Maße vom familiären Hintergrund ab. Für die USA konnte eine Längsschnittstudie zeigen, dass die am wenigsten begabten Schülerinnen und Schüler aus wohlhabenden Elternhäusern genauso häufig einen Collegeabschluss erwerben wie die begabtesten Schüler aus ärmeren Verhältnissen! Geld schlägt Begabung! Ungleichheit wirft lange Schatten in die Zukunft. Dieser Teufelskreis ist nur durch öffentliche Angebote und nicht durch unbegrenzte Ungleichheit zu durchbrechen, denn auch die Reduktion öffentlicher Leistungen ist nicht verteilungsneutral, sondern trifft in der Regel die unteren und mittleren Einkommensgruppen deutlich stärker als die Spitzenverdiener (Krugman, Schettkat).⁹ Die Vernachlässigung von Bildungsinvestitionen ist zudem ineffizient, sind diese doch anerkanntermaßen Voraussetzung für Wachstum.

Werden Lohnuntergrenzen als wachstumshemmend und beschäftigungsschädlich klassifiziert, so wird ihnen auch häufig die wirtschafts- und sozialpolitische Relevanz abgesprochen, denn es seien gar nicht „Bedürftige“, die zu Armutslohnen arbeiteten, vielmehr seien Niedriglöhne (Niedrigeinkommen) „Zusatzeinkommen“ für ansonsten normalverdienende Haushalte. Der Niedriglohn ist hier nur eine Einkommenskomponente, die keiner Regulierung bedarf.

Normalisierung des Niedriglohnes

Etwa jeder vierte Arbeitnehmer erhielt 2008 in Deutschland einen Lohn von weniger als zwei Drittel des Medianlohnes – also des mittleren Lohnes, den 50 Prozent der Beschäftigten nicht erreichen und den 50 Prozent der Beschäftigten übertreffen – und zählte somit zu den Niedriglohnbeziehern, ein Anstieg um rund sieben Prozentpunkte gegenüber 1998 (andere Definitionen setzen die Niedriglohnschwelle bei 60 Prozent oder der Hälfte des Medianlohnes an, was natürlich die Anteile beeinflusst, aber nicht den deutlichen Anstieg der Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland).¹⁰ Die zunehmende Bedeu-

tung der auf Niedriglöhnen basierenden Haushaltseinkommen wird vor allem in den Anteilen der Hauptnährer unter den Niedriglohnbeziehern und -bezieherinnen deutlich, der von 1998 bis 2008 von 50 Prozent auf 62 Prozent zugenommen hat. Wer keinen Berufsabschluss vorweisen hat, wird mit hoher Wahrscheinlichkeit einen Niedriglohn beziehen, aber ein Berufsabschluss ist keine Garantie gegen Niedriglöhne. Der Anteil der Beschäftigten mit Berufs- oder Fachschulabschluss unter den Niedriglohnbeziehern und -bezieherinnen entspricht ungefähr ihrem Anteil an der Gesamtpopulation der Beschäftigten. Drei Viertel der Hauptnährer mit Niedriglohn haben einen mittleren Berufsabschluss und lediglich 14 Prozent verfügen über keine Berufsausbildung. Immerhin zwölf Prozent können sogar einen Hochschulabschluss vorweisen.

In den 1990er Jahren lag das Durchschnittsalter der Niedriglohnempfängerinnen und -empfänger noch deutlich unter dem der Beschäftigten insgesamt, aber dieser Altersunterschied ist in den 2000er Jahren verschwunden. Das Image des „jugendlichen Hinzuverdieners“ wird lediglich von rund zehn Prozent aller Niedriglohnempfänger bestätigt; sie tragen nur etwas mehr als zehn Prozent zum Haushaltseinkommen bei. Stundenlöhne und Arbeitszeit bestimmen das individuelle Einkommen und längere Arbeitszeiten verbessern die Position in der Einkommensverteilung. Aber natürlicherweise ist die Ausdehnung der Arbeitszeit begrenzt und mag durch die Arbeitsnachfrageseite oder durch persönliche Umstände eingeschränkt sein.

Die Mehrzahl der Haushalte¹¹ hat gar keinen Niedriglohnempfänger in ihren Reihen, aber in rund 27 Prozent gibt es mindestens einen Niedriglohnbezieher und in rund einem Fünftel der Haushalte basiert sogar das Einkommen des Hauptnährers auf einem Niedriglohn, eine deutliche Zunahme gegenüber den 1990er Jahren, als dieser Anteil nur etwas mehr als ein Zehntel betrug. Dieser Anteil ist in den neuen Bundesländern deutlich höher (35 Prozent) als in den alten Bundesländern (15 Prozent), wenn die Lohnverteilung von Deutschland insgesamt zugrunde gelegt wird. Bezogen auf den regionsspezifischen Medianlohn sind diese Anteile aber ungefähr gleich hoch, beide Lohnverteilungen unterscheiden sich vor allem im Mittelwert.

Niedriglöhne und Haushaltseinkommen

Bedürftigkeit und Armutsgefährdung werden letztlich nicht durch individuelle Löhne und Einkommen, sondern durch den Haushaltskontext bestimmt. Wer als Niedriglohnbezieherin und -bezieher in einem Haushalt mit weiteren Einkommen lebt, ist möglicherweise gar nicht bedürftig. Das Haushaltseinkommen hängt neben dem Einkommen der Person selbst vom Erwerbseinkommen anderer Haushaltsmitglieder, von Renten, öffentlichen und privaten Transfers, Kapitaleinkommen, Größe und Struktur (Erwachsene, Kinder) des Haushalts ab. Die Nettohaushaltseinkommensverteilung wird darüber hinaus durch Abgaben sowie durch direkte und indirekte Steuern beeinflusst.

Große Haushalte verfügen tendenziell über höhere Einkommen, aber es sind davon auch mehrere Personen zu versorgen. Zahlreiche Ausgaben nehmen nicht proportional mit der Personenzahl zu, sondern in Mehrpersonenhaushalten entstehen Größenvorteile (zwei Personen benötigen nur eine Waschmaschine, Dusche etc.), weshalb die Einkommen von Mehrpersonenhaushalten zur Ermittlung des Pro-Kopf-Einkommens nicht lediglich durch die Personenzahl dividiert werden, sondern mit sogenannten Äquivalenzskalen gewichtet werden, die die Vergleichbarkeit des ökonomischen Versorgungsniveaus zwischen Haushalten verschiedener Größe und Struktur (Erwachsene, Kinder) herstellen sollen. Welche Gewichtung angewendet wird, ist objektiv nicht zu bestimmen, weshalb in der Literatur verschiedene Äquivalenzskalen Anwendung finden, was nur einen schwachen Einfluss auf die relative Ungleichheit von Ländern im internationalen Vergleich hat, was aber die Position einzelner Haushalte innerhalb eines Landes in etwa so stark beeinflusst wie die Unterscheidung zwischen Brutto- und Nettoeinkommen (Schettkat).¹² Hier wird die sogenannte „alte OECD-Skalierung“ angewendet, die den Gewichtungen im deutschen Steuerrecht ähnlich ist.¹³

Welche Position hat das Haushaltseinkommen von Niedriglohnbeziehern und -bezieherinnen? Von den Personen, die in der Lohnverteilung im ersten oder zweiten Zehntel angesiedelt sind – die Niedriglohnbezieher – gehören jeweils 50 Prozent einem Haushalt an, dessen Bruttoeinkommen ebenfalls in den beiden unteren Zehnteln liegt, und 70 bis 80 Prozent stammen aus Haushalten, deren Einkommen unterhalb des

Medianeinkommens liegt (vgl. die Tabelle). Lediglich 20 bis 30 Prozent leben in Haushalten mit Einkommen oberhalb des Medians. Die „Mobilität“ zwischen den Dezilen der individuellen Lohnverteilung und denen der Haushaltsäquivalenzeinkommen ist also vorhanden, aber begrenzt. Dieser Befund überrascht aufgrund des hohen Anteils von Haupternährern unter den Niedriglohnbezieherinnen und -bezieher nicht, denn hier ist das Einkommen aus der Niedriglohnbeschäftigung mit rund 45 Prozent die Haupteinkommensquelle, gefolgt von Transfers (25 Prozent) und den Erwerbseinkommen weiterer Haushaltsmitglieder (20 Prozent). Je geringer der Lohn, desto bedeutender die Transfers. In Haushalten, in denen die Niedriglohnbeschäftigung nicht die Haupteinkommensquelle, sondern „Zusatzeinkommen“ ist, trägt dieses immerhin noch zu rund einem Fünftel zum Haushaltsbruttoeinkommen bei. Transfers betragen

hier nur zehn Prozent, aber das Erwerbseinkommen weiterer Haushaltsmitglieder beträgt rund 60 Prozent.

Transfers sind, insbesondere wenn der Haupternährer einen Niedriglohn bezieht, ein wichtiger Bestandteil des Haushaltseinkommens. In der Betrachtung des Netto-Net-Einkommens, das neben den üblicherweise einbezogenen direkten Steuern und Abgaben auch die Mehrwertsteuer berücksichtigt, wird der Anteil der Haushalte im ersten und zweiten Dezil reduziert und etwas mehr Haushalte erreichen nun eine Einkommensposition über dem Medianeinkommen. Transfers tragen also zur Milderung der Einkommensungleichheit bei, aber die Welt wird keinesfalls auf den Kopf gestellt. Für Haushalte mit Niedriglohn sind die direkten Steuern (Einkommensteuer) gering, aber die Belastung durch indirekte Steuern, z. B. die Mehrwertsteuer, beträgt rund zehn Prozent des Bruttoeinkommens.

Individuelle Lohnposition und Haushaltseinkommensposition in %

Von den Personen im Lohndeziel	lebten in einem Haushalt im Einkommensdezil			
	1. und 2.	3. und 4.	5. bis 8.	9. und 10.
Brutto-Einkommen				
1.	50	19	25	6
2.	50	29	17	4
Netto-Net-Einkommen				
1.	42	19	29	10
2.	43	28	23	6

Quelle: Eigene Berechnung; eigene Darstellung.

Fazit

Einkommen aus Niedriglohn sind eine bedeutende Einkommensquelle für eine deutlich gestiegene Zahl von Haushalten und nur in wenigen Fällen „Zusatzeinkommen“. Bezieht der Haupternährer einen Niedriglohn, sind Transfers erwartungsgemäß bedeutend, aber auch die Erwerbseinkommen anderer Haushaltsmitglieder sind wesentlicher Bestandteil des Haushaltseinkommens. Die Situation eines „Zusatzeinkommens“ aus Niedriglohn wird am ehesten durch einen Haushalt beschrieben, in dem die Kinder einen Niedriglohn beziehen, was aber nur bei zehn Prozent der Niedriglohnhaushalte der Fall ist.

1 Der Autor ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Schumpeter School of Economics, Universität Wuppertal.

2 Vgl. IMF: The Unbearable Stability of the German Wage Structure: Evidence and Interpretation, IMF Staff Papers, Bd. 51 (2), 2004, S. 354-385.

3 Vgl. OECD: OECD-Wirtschaftsberichte: Deutschland 2014, Paris 2014.

4 Vgl. SVR: Gegen eine rückwärtsgerandete Wirtschaftspolitik, Wiesbaden 2013.

5 Vgl. Martin Feldstein: Piketty's Numbers Don't Add Up, The Wall Street Journal, 14. Mai 2014.

6 Vgl. Robert Lucas: Macroeconomic Priorities, in: American Economic Review, Bd. 93 (1), 2003, S. 1-14.

7 Vgl. Thomas Piketty: Capitalism in the 21st Century, Cambridge, MA/London 2014.

8 Vgl. Finis Welch: In Defense of Inequality, in: American Economic Review, Bd. 89 (2), 1999, S. 1-17.

9 Vgl. Paul Krugman: Dooh Nibor (Robin Hood reverse), The New York Times, 1. Juni 2004; Ronald Schettkat: Einkommensungleichheit im Haushaltskontext: Kompensation oder Kumulation prekärer Lebenslagen?, Studie im Auftrag der Franziska-und-Otto-Bennemann-Stiftung, Bonn 2014.

10 Der ab 2015 in Deutschland geltende Mindestlohn von 8,50 Euro wird vor allem Beschäftigte im untersten Lohndeziel betreffen. Ihr Anteil wird in etwa dem Anteil derjenigen entsprechen, die weniger als 50 Prozent des Medianlohnes erhalten.

11 Als Haushalte sind hier alle Haushalte mit mindestens einem abhängig Beschäftigten definiert.

12 Vgl. Ronald Schettkat: Einkommensungleichheit im Haushaltskontext: Kompensation oder Kumulation prekärer Lebenslagen?, Studie im Auftrag der Franziska-und-Otto-Bennemann-Stiftung, Bonn 2014.

13 „Haushaltsäquivalenzeinkommen“ werden im Folgenden als „Haushaltseinkommen“ bezeichnet.